

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 09 / 2012

www.spd-nuernberg.de

Nürnberg

Ehrenamtspreis 2012

Ausschreibung zum Nürnberger Ehrenamtspreis der SPD

Seiten 10

Interview

„Freistaat in der Pflicht, GBW zu übernehmen.“

Interview mit Gunther Geiler, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes Nürnberg

Seiten 4 und 5

inkl.
4-seitiger Beilage
▶ **DEPESCHE**
der Stadtrats-
fraktion

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Albrecht Dürer war ohne Frage ein herausragender Bürger Nürnbergs. Noch heute ist er ein Aushängeschild für die Stadt, was auch die aktuelle Dürer-Ausstellung eindrucksvoll belegt. Genau deshalb kann ich es mir grundsätzlich auch vorstellen, eine wichtige Infrastruktureinrichtung unserer Stadt nach dem berühmtesten Sohn Nürnbergs zu benennen. Die Betonung liegt dabei aber auf grundsätzlich.

Ich bin sehr froh darüber, dass der Flughafen-Aufsichtsrat in seiner letzten Sitzung ohne Streit und ohne Kampfabstimmung eine solche Namensänderung vorläufig nicht beschlossen hat. Man war sich einig: Es gibt Wichtigeres.

Wer glaubt, dass mit einer solchen Namensänderung zum jetzigen Zeitpunkt die Probleme am Flughafen gelöst würden, der irrt. Daher bleibt es dabei: Erst müssen die Probleme am Airport gelöst werden, dann kann man über solche Marketing-Maßnahmen nachdenken.

Der Flughafen Nürnberg ist aber zurzeit in einer ernsten Sanierungsphase. Da ist es sehr heikel – wenn an allen Ecken gespart werden muss – Geld für solche Wunschvorstellungen zu investieren.

Erst müssen die offenen Fragen der Restrukturierung geklärt werden und dann kann entschieden werden und nicht umgekehrt.

Herzliche Grüße



Christian Vogel

Ein starkes Zeichen der Demokraten!

Beeindruckende Gegendemo zur kläglichen NPD-„Deutschlandtour“



VON DR. CHRISTIAN PRÖBIUSS

■ 2.000 Bürgerinnen und Bürger setzten am 1. August in Nürnberg ein starkes Zeichen gegen die NPD, die auf ihrer „Deutschlandtour“ auch in Nürnberg Halt machte. Besondere Provokation war der von der NPD gewählte Ort, nicht weit eines Tatorts eines rechtsterroristischen Mordes der Gruppe NSU. Mit Trillerpfeifen, Fahnen und Transparenten stellten sich Gegner rechten Gedankenguts der Kundgebung der rechtsradikalen NPD am Heinrich-Böll-Platz entgegen. Mit dabei waren Bürgermeister Horst Förther, Helga Schmitt-Bussinger und Angelika Weikert sowie viele Mitglieder der SPD, darunter die JUSOS mit ihren Fahnen.

Laute Gegendemonstranten und extra geläutete Kirchenglocken sorgten dafür, dass die Lautsprecherdurchsagen der NPD nicht zu verstehen waren. Was ein Akt der Stärke für die NPD werden sollte, wurde zum Desaster.

Die NPD irrt mit ihrem Lastwagen in unserer Republik herum und wird von Gegendemo zu Gegendemo mit tausenden Demonstranten weitergereicht. Diese schaffen es mühelos, Gegner der NPD und rechten Gedankenguts zu mobilisieren. Die Rechten selber sind hingegen nur verlorene kleine Grüppchen weniger Leute. Die SPD dankt allen friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten für die gezeigte Courage. ■

Geschichtswerkstatt Muggenhof erhält Auszeichnung

SPD Muggenhof verlieh zum 4. mal die „Rote Luftpumpe“

■ Sie dokumentieren den Wandel im Nürnberger Westen, bringen Menschen zusammen und fördern die Stadtteilidentität. Grund genug für den SPD Ortsverein Muggenhof-Doos die „Rote Luftpumpe 2012“ an die Geschichtswerkstatt Muggenhof im Rahmen ihres Jahresempfanges zu verleihen.

Eigentlich war es ein Zufall, der die Geschichtslehrer Annegret und Armin Seufert zu Mitbegründern der Muggenhofer Geschichtswerkstatt machte. Sie waren im Muggenhofer Kulturbüro auf AEG zu Gast. Da lernten sie Stefanie Dunker kennen, die schon in anderen Stadtteilen Geschichtswerkstätten gegründet hatte. Sie entzündete den Funken auch in Muggenhof. Ab Ende

2008 startete eine kleine Gruppe von etwa acht Personen, die im Stadtteil aus-



SPD-Stadtrat Michael Ziegler überreichte Annegret Seufert stellvertretend für die gesamte Geschichtswerkstatt Muggenhof die „Rote Luftpumpe 2012“.

schwärmten, ältere Bewohner nach ihren Erinnerungen fragten und inzwischen ein

Archiv mit über tausend Fotos aus mehr als hundert Jahren anlegten. Daraus entstanden bisher zwei Büchlein, welche die Geschichte Muggenhofs von 1900 bis 2012 erzählen.

Das Engagement der Geschichtswerkstatt imponierte der Muggenhofer SPD, die seit 2008 die „Rote Luftpumpe“ an Menschen oder Einrichtungen vergibt, die sich um den Stadtteil verdient machen. Es ist ein symbolischer Preis, der nicht mit Geld dotiert ist, den Empfängern aber frischen Wind für ihren Einsatz geben soll. Allerdings hat der Ortsverein einen Film über die Geschichtswerkstatt als Geschenk drehen lassen. Dieser wird am 23. Oktober um 19 Uhr zum ersten Mal öffentlich in Halle 14 auf AEG gezeigt. ■

Terminhinweis: Parteiausschuss

■ Die Sorge um eine intakte Umwelt ist längst keine Marotte weltfremder Naturapostel mehr. Sie ist zu einer Schicksalsfrage geworden, an der sich der Fortbestand unserer Zivilisation entscheidet. Zu Recht wird von uns Sozialdemokraten erwartet, dass wir auf dem Gebiet der Umweltpolitik eigenständige Positionen entwickeln und nicht nur die Programme der Grünen nachbeten.

Dabei nehmen wir für uns in Anspruch, tragfähige Konzepte für den Ausgleich von Ökonomie und Ökologie vorzulegen. Darü-

ber hinaus muss es uns darum gehen, dass die ökologischen Belastungen nicht länger auf die Schwachen und Benachteiligten abgewälzt werden – lokal wie global. Dreck, Lärm und Müll müssen nicht nur aus den Wohnvierteln der Reichen verbannt werden, sondern ebenso aus den Quartieren der Armen.

Wichtige Impulse erwarten wir uns vom ersten Parteiausschuss nach der Sommerpause, zu dem wir auch einen wichtigen Grundsatzantrag in Sachen Umwelt beraten und beschließen wollen:

DIE ÖKOLOGISCHE HERAUSFORDERUNG Umweltpolitik im 21. Jahrhundert

mit Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

am Dienstag, 25. September 2012
um 18:00 Uhr
im Karl-Bröger-Zentrum

Alle SPD-Mitglieder sind herzlich eingeladen!



Bei der Bereitschaftspolizei zu Besuch

VON HELGA SCHMITT-BUSSINGER

■ Eine Gruppe von 25 Genossinnen und Genossen der OV Siedlungen Süd und Gartenstadt besuchte die Bereitschaftspolizei am Rande ihres Siedlungsgebietes. Der stellvertretende Abteilungsführer Stefan Beck gab umfassend Auskunft. Derzeit sind rund neunhundert Mitarbeiter in der seit über 40 Jahren bestehenden Ausbildungsstätte untergebracht. Mehr als 100 zivile Angestellte sorgen für den reibungslosen Ablauf von Ausbildung und Einsätzen: KFZ-Mechaniker und andere Handwerker sowie bspw. Köche, Ärzte und Sanitäter.

Die Polizei hat Nachwuchssorgen. Um Geld zu sparen, reduzierte die Staatsregierung mehrere Jahre lang die Zahl der Neueinstellungen. Gleichzeitig gingen aber viele Polizisten in den Ruhestand. Dieses Ungleichgewicht versucht das Innenministerium durch die Aufnahme von rund 1.300 Auszubildenden pro Jahr wieder auszugleichen. In einem Einstellungstest werden Bewerber auf ihre Tauglichkeit

geprüft. Einer von acht, vorwiegend mit Realschulabschluss oder vom Gymnasium, wird übernommen. „Die meisten scheitern am Sporttest“, teilt Stefan Beck mit, Hauptschüler dagegen im Gruppengespräch. Etwa ein Viertel der Jungpolizisten ist weiblich.

Nach der Grundausbildung geht es in den Streifenendienst. Dann kommen Einsätze während Sportveranstaltungen, Demonstrationen oder auch zur Bewachung von Atommülltransporten hinzu. Mehr als eine Million Einsatzstunden im Jahr bringt die bayerische Bereitschaftspolizei dabei zusammen. Den Bauzustand der Gebäude

sieht Beck ebenfalls kritisch. Die knapp 40 Jahre alten Flachbauten seien energietechnisch nicht mehr tragbar. Rund 40 Prozent



karg und nicht mehr zeitgemäß: Die Unterkünfte der Auszubildenden. Auch Helga Schmitt-Bussinger besuchte die „BePo“ mit ihrem Arbeitskreis für kommunale Fragen und innere Sicherheit. Sie fordert, das Ausbildungsseminar am Standort langfristig zu halten. Auch die bauliche Situation hat sie bemängelt: 2009 hat die Staatsregierung zugesagt, die BePo zu sanieren, passiert ist nichts. Fazit: Der Zustand der Gebäude ist kein gutes Renommee für die bayerische Polizei. Hier muss sich dringend etwas ändern.

der eingesetzten Heizenergie gehe durch undichte Fenster und schlecht isolierte Mauern verloren. ■

Die Tradition des „Fastenbrechens“ im Ramadan

VON ARIF TASDELEN

■ In Nürnberg leben etwa 40.000 Menschen muslimischen Glaubens. Sie bilden nach den Protestanten und Katholiken die drittgrößte religiöse Gemeinschaft in der Stadt. Während der 30-tägigen Fastenzeit verzichten Menschen muslimischen Glaubens täglich von Beginn der Dämmerung bis Einbruch der Dunkelheit auf Speisen und Getränke.

Für viele Muslime bedeutet die Fastenzeit mittlerweile eine Zeit der Geselligkeit und des Zusammenkommens beim sog. „Fastenbrechen“. Es ist auch in Nürnberg Tradition, dass Moscheen und Vereine zum gemeinsamen „Iftar“ einladen. Bei diesen Abendessen kommen nicht selten über 200 Menschen zusammen. Dabei steht nicht die Religion, sondern das gegenseitige Kennenlernen im Vordergrund. Wir waren als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gut vertreten. Bei den über 10 „Dialog-Fastenbrechen“, die ich besucht habe, konnte ich viele politische Gespräche



Fastenbrechen des Unternehmervereins ‚exuv‘ im Marmorsaal

führen und großes Interesse für die Sozialdemokratie feststellen. Die Fastenzeit nimmt am 19. August 2012 mit dem sog. „Zuckerfest“ ihr Ende. ■

„Der Freistaat ist in der Pflicht, die GBW zu übernehmen.“

Interview mit Gunther Geiler, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes Nürnberg

■ Herr Gunther Geiler ist Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes Nürnberg und Umgebung e.V. Den DMB Nürnberg gibt es über 110 Jahre und er vertritt rund 13.000 Mitglieder in und um Nürnberg. Wir haben Herrn Geiler über die Probleme der Mieter und die Probleme rund um den Verkauf der GBW-Wohnungen befragt.

dsp: Sehr geehrter Herr Geiler, seit über 110 Jahren gibt es den Mieterbund. Was sind seine Hauptaufgaben und -leistungen für Mitglieder?

Gunther Geiler: Der Ausspruch "My Home ist my castle" zeigt deutlich, warum es den DMB Nürnberg gibt – Wohnen ist ein elementares menschliches Grundbedürfnis. Als Nürnberg zu Zeiten der Industrialisierung aus den Nähten zu platzen drohte und Gesetze keinen Schutz vor Kündigungen oder Mieterhebungen boten, musste er erkämpft und auch heute immer wieder gegen unsoziale Gesetzesvorhaben verteidigt werden.

Anders als in anderen europäischen Ländern hat das Mieten in Deutschland lange Tradition. Die überwiegende Zahl der Deutschen wohnt „zur Miete“. Teils aus Überzeugung, teils – und gerade – aber auch, weil es für das eigene Häuschen schlicht nicht reicht. Mietrecht ist daher immer auch „Sozialrecht“, Mietenpolitik ist Sozialpolitik. Ausreichend bezahlbaren Wohnraum von Erlangen über Nürnberg bis Schwabach zu schaffen und zu sichern – das ist das Ziel unseres wohnungspolitischen Engagements vor Ort. Als reiner „Ortsverein“ wäre der DMB Nürnberg kaum in der Lage, Einfluss auf bundesweite Miet-Gesetzgebung zu nehmen.

Aus dieser Überzeugung schlossen sich mittlerweile 320 Vereine über ihre jeweiligen Landesverbände zum gesamtdeutschen DMB zusammen. Die Kompetenz, die deswegen dort gebündelt werden konnte, ist eine wesentliche Grundlage für den Mieterschutz, den wir in Deutschland

in den letzten Jahrzehnten erreichen konnten. Und der nun übrigens wieder verteidigt werden will, nachdem die aktuelle Koalition überflüssige und mieterfeindliche Gesetzesänderungen plant. Nicht ohne Neid titelte die Immobilienzeitung vor Jahren „Der DMB schlägt alle k.o.“.

Am offensichtlichsten dürfte unsere Tätigkeit unseren Mitgliedern aber an anderer Stelle werden: sie erhalten Rechtsrat und



Im Gespräch mit dem dsp: Gunther Geiler

-vertretung durch unsere Mietrechtsspezialisten. Soodft, wie es ihr Fall erfordert – ohne weitere Kosten.

dsp: Gibt es Dauerbrenner an Problemen, mit denen Sie konfrontiert werden?

Geiler: Nebenkosten – ein Dauerbrenner im wahrsten Sinne. Den größten Anteil machen bei steigenden Energiepreisen die Heizkosten aus. Auch mit Mieterhöhungen haben wir zu kämpfen. Im Winter blüht Schimmel, die ersten Sonnenstrahlen wecken dann wieder die Lust aufs Grillen – mit all den Fragen, die dazu gehören.

In Sachen Wohnungspolitik haben wir gerade mit den Folgen der jüngeren „Privatisierungswellen“ zu tun. Als Beispiel:

In der Rangierbahnhofsiedlung klagen Mieter seit Jahren über die systematische Vernachlässigung ihrer Wohnungen, nachdem die „Deutsche Annington“ diese früheren Eisenbahnerwohnungen gekauft hatte. Undichte Dächer, ausfallende Heizungen, wochenlang kein Warmwasser, keine Ansprechpartner mehr. Nun droht mit der Veräußerung der GBW eine Wiederholung dieses Szenarios. Obwohl doch die Folgen der Regierung ebenso wie allen Beteiligten täglich deutlich vor Augen geführt werden.

dsp: Sie und Ihr Verein waren sehr aktiv, als es um den Verkauf der GBW-Wohnungen ging und sind es noch. Auch die SPD hat sich in dieser Sache engagiert. Worum geht es bei dem Verkauf ganz knapp und wie viele Menschen oder Wohnungen sind in Nürnberg betroffen?

Geiler: Betroffen sind mehr als 80.000 Menschen in ganz Bayern, in Nürnberg 3.300 Wohnungen, in Erlangen noch einmal 1.400. Wir reden hier also von der Bewohnerzahl einer mittleren Großstadt. Viele sind auf die niedrigen Mieten, die die GBW derzeit noch bietet, angewiesen. Die GBW-Misere ist eine Folge des Debakels, das die BayernLB vor Jahren erlebte. Die GBW ist eine Tochtergesellschaft der BayernLB. Im Jahr 2008 stützte der Freistaat mit Milliardenhilfe seine Landesbank, die er erst kurz vorher unter anderem mit dem Kauf der Hypo-Alpe-Adria in die Fast-Pleite geführt hatte. Eine solche staatliche Zuwendung sieht die EU als Beihilfe an, die den Wettbewerb mit anderen Banken verzerren kann. Sie verpflichtete die BayernLB nun zur Rückerstattung und anderen Auflagen, wie immer wieder zu lesen ist, wohl auch, dass sich die Bank von Unternehmensteilen trennen soll, die nicht zu ihrem Kerngeschäft gehören – wie eben der GBW. Die GBW soll im Wege eines Bieterverfahrens an den Meistbietenden verkauft werden.

Die derzeit niedrigen Mieten könnten Spekulanten reizen, mit Mieterhöhungen ihre

Gewinne zu maximieren. Dieses Ziel ließe sich auch erreichen, wenn zudem Instandhaltungsausgaben gekürzt würden – der Annington-Fall zeigt die Richtung überdeutlich.

dsp: Weshalb wäre es für die Mieter von Vorteil, wenn der Freistaat die Wohnungen kaufen würde?

Geiler: Blieben die Wohnungen in staatlicher Hand, wäre eine soziale Bewirtschaftung sichergestellt. Nicht die Gewinnmaximierung stünde im Vordergrund. Der Staat hätte Einfluss auf die Belegungsstruktur und könnte die Quartiersentwicklung steuern. Es würde verhindern werden, dass der Bestand in lohnenswerte „Sahnestückchen“ und unrentable „Lotterbudens“ zerfällt. Wohnungsverkäufe mit der Gefahr von Kündigungen wären dauerhaft ausgeschlossen. Moderate und soziale, langfristige Bewirtschaftung wäre ein Stück öffentlicher Daseinsvorsorge. All dies unter der Aufsicht der Politik – und der Kontrolle der Bevölkerung.

dsp: Finanzminister Söder hatte behauptet, der Freistaat dürfe die Wohnungen gar nicht kaufen. Mittlerweile drängt sich der Verdacht auf, dass das die Unwahrheit ist. Wie sind Ihre Informationen dazu?

Geiler: In der Tat vermissen wir bis heute einen Beleg für diese Behauptung. Nun liegt uns immerhin ein Auszug aus einer Entscheidung der EU-Kommission vom 25.07.2012 vor. Darin allerdings verbietet die EU dem Freistaat den Kauf eben gerade nicht! Warum auch? Der EU geht es darum, dass wettbewerbsrechtliche Regeln eingehalten werden, der Freistaat also nicht durch einen überhöhten Kaufpreis einen erneuten „versteckten Zuschuss“ gewährt. Dass ein Erwerb zu einem realen Preis nicht möglich sein soll, wäre bar jeder Logik. Schließlich ist es ja kein einseitiger Zuschuss, sondern der Staat erhält mit den Wohnungen einen realen Gegenwert. Aber der Brüsseler Buhmann ist eben weit weg und solange niemand dort nachfragt, kann die Regierung sich viel zu einfach ihrer Verantwortung mit Verweis auf die angeblichen „Eurokraten“ entledigen.

dsp: Was muss geschehen, damit die Mieter zukünftig Sicherheit haben?

Geiler: Noch einmal: Zuerst ist der Freistaat in der Pflicht, die GBW zu übernehmen. Zusätzlich müssen in alle einzelnen Mietverträge mieterschützende Regeln aufgenommen werden, beispielsweise Kündungsverzicht, Mieterhöhungsbegrenzungen, Umwandlungsverbote. Zudem sollten zum Beispiel Garantien zu Mindestinvestitionen in verkaufsbegleitende Vereinbarungen einfließen, die durch hohe Vertragsstrafen abgesichert werden.

Nachdem die Regierung seit drei Jahren trotz Aufforderung untätig blieb, hat der DMB Bayern einen Entwurf für solche Ver-



tragsergänzungen entwickelt und bereits der GBW übergeben. Der Regierungseinschlag möglicher neuer EU-Bedenken wegen verdeckter Zuschüsse könnte auch ausgeräumt werden, wenn die Wohnungen endlich real bewertet würden. Das heißt, dass überhöhte Renditeerwartungen und irrsinnige Gewinnhoffnungen bereits im Vorfeld ausgeschlossen werden, wenn man die derzeit „soziale Bewirtschaftung“ auch für die Zukunft festschreibt. Auch das würden diese Vertragsergänzungen garantieren. Dazu müssten sie aber noch vor dem Verkauf festgeschrieben werden.

Wenn man Seehofer nun richtig versteht, will er das aber erst nach Verkauf einem Erwerber überlassen, bei Androhung gewisser Vertragsstrafen. Das ist geradezu eine Einladung zu einem Vertragsbruch: bei moderater Bewirtschaftung, zu der jeder Erwerber sich verpflichten müsste, würde ein Immobilienhai mit Verweis auf den deswegen mäßigen Gewinn nur einen geringen Kaufpreis zahlen. Es wäre

sehr lukrativ, diese Zusatzverträge dann entgegen der Pflicht nicht abzuschließen, weil ohne lästigen Mieterschutz deutlich höhere Gewinne möglich wären. Die Vertragsstrafe kalkuliert man deswegen am besten gleich in den Kaufpreis mit ein – und fährt wohl trotzdem noch besser. Von Seehofers Versprechen eines „1.000%igen Mieterschutzes“ bliebe dann nichts übrig. Das alles weiß übrigens auch die Regierung.

dsp: Ein Ausblick noch auf die Mietsituation: Ist es richtig, dass es einen Trend gibt, wieder in die Stadt zu ziehen? Wirkt sich das bereits aus?

Geiler: Es gibt einen solchen Trend und wir spüren bereits die Auswirkungen. Aus dem Wohnungsbericht von 2011 geht hervor, dass die Zahl der Nürnberger Haushalte um 5.200 gewachsen ist, die Zahl der Wohnungen aber nur um 1.200. Es gibt nur noch 3.900 leerstehende Wohnungen. Diese umzugs- und renovierungsbedingte „Leerstandsreserve“ liegt demnach in Nürnberg bei 1,4 % und damit halb so hoch, wie es für einen funktionierenden Wohnungsmarkt nötig wäre.

Der Mietspiegel 2012 zeigt Steigerungen von durchschnittlich 4 % der relevanten Mietpreise gegenüber 2010, im Segment der großen Wohnungen sind es bis 10 % Mietsteigerung – in zwei Jahren. Große, günstige Wohnungen sind praktisch sofort wieder vermietet. Aber genau diese Wohnungen sind es, die Familien suchen! Fazit: der Druck im Kessel steigt. Und nur, weil man auf dem Mietmarkt nicht Münchner Verhältnisse erreicht hat, sollte man sich mit einer solchen Situation zufriedengeben.

dsp: Eine Frage stellen wir immer: Was ist Ihr Lieblingsort in Nürnberg?

Geiler: Es gibt mehrere. Der Biergarten in der Wöhrder Wiese, der Rosenauspielplatz und vor allem ein 6 Quadratmeter großer Garten vor einer Mietwohnung im Nürnberger Norden...

dsp: Lieber Herr Geiler, haben Sie vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Kraft für das Engagement für Mieterinnen und Mieter in Nürnberg! ■

Sommerempfang der Kultur(en)

VON DIANA LIBEROVA

■ Zum ersten Mal fand am 31.07.2012 im Nürnberger SPD-Haus der Sommerempfang der Kultur(en) statt, organisiert vom Unterbezirk Nürnberg. Angestoßen vom Arbeitskreis Migration und vor allem seiner Sprecherin, Gabi Penzkofer-Röhrl, sowie Gabriela Heinrich und Diana Liberova, für die in Nürnberg tätigen Kulturvereine und ehrenamtlich tätigen Künstlerinnen und Künstler, u. a. aus der Migrationsszene. Das Ziel des Empfangs war es, mit den Vereinen ins Gespräch zu kommen, begleitet durch musikalische und tänzerische Highlights. Der Gospelgesang von Glorious Singers



brachte gute Laune und Stimmung in die Räume des Karl-Bröger-Zentrums.

Zu Besuch bei der SPD kamen über 70 Gäste – bunt gemischt in ihren Kulturen und mit einem gemeinsamen Verständnis: ein Teil der Nürnberger Kultur von

heute zu sein. Christian Vogel begrüßte die Empfangsgäste, brachte in einer kurzen Rede seine Freude über dieses vielfältige Miteinander in unserer Stadt zum Ausdruck und unterstrich die Offenheit der SPD gegenüber allen Nürnbergerinnen und Nürnbergern – unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Nach dem prachtvoll funkelnden thailändischen Willkommens-Tanz von Ketkaeo Kleist tauschten sich an diesem Sommerabend die Gäste aus, begleitet durch die Musik von Déjà-vu mit den vielen anwesenden Mandatsträgerinnen und -trägern aus der Partei. Danke an die tolle Organisation und die unvergesslichen Bilder des Abends. ■

Viel Nürnberger SPD-Geschichte am Friedhof

Ein Spaziergang der AvS über den Westfriedhof und den jüdischen Friedhof

VON GERT WAGNER

■ „der springende punkt“ berichtet seit längerer Zeit monatlich über verstorbene bedeutende Nürnberger Sozialdemokraten. Viele von ihnen waren Verfolgte des Naziregimes.

Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten besuchte nun die Gräber der Sozialdemokraten, die am Westfriedhof beigesetzt sind. Der Vorsitzende Reiner Wagner hatte sich intensiv auf diesen Spaziergang vorbereitet und konnte den Besuchern zahlreiche Informationen über diese Genossen geben. Einige der Genossen fanden ihre letzte Ruhestätte auf dem daneben liegenden jüdischen Friedhof.

Die Gruppe legte an den Gräbern und am Mahnmal der verfolgten Juden, die im Holocaust umgekommen sind, Blumen nieder. Aufgesucht wurden die Gräber von Karl Grillenberger, Karl Oertel, Hans Vogel, Karl Bröger, Dr. Hans Schmidt, Dr. Max Sübheim, Josef Simon, August Mei-

er, Dr. Rudolf Benario und Gabriel Löwenstein.

Der Westfriedhof wurde 1880 als erster kommunaler Friedhof errichtet, weil die kirchlichen Friedhöfe in der schnell wachsenden Stadt zu klein wurden. Außerdem gab es immer mehr Menschen, die sich von der Kirche trennten. Der nebenan liegende jüdische Friedhof wurde 1910 eingeweiht. Besonders intensiv

befasste sich Reiner Wagner mit Karl Grillenberger, den er „die bedeutendste Persönlichkeit der Nürnberger SPD vor 1900“ nannte. Er war ab 1881 der erste bayerische SPD-Abgeordnete im Reichstag und wurde außerdem 1893 in den Bayerischen Landtag gewählt. So ein Doppelmandat kann man sich heute nicht mehr vorstel-

len. Doch waren seinerzeit diese Mandate keine „Vollbeschäftigung“ und man konnte auch nicht davon leben, weshalb Grillenberger auch noch als Redakteur bei der „Fränkischen Tagespost“ tätig war.



1893 wurde Grillenberger auf dem Weg zu einem Parteitag in St. Gallen von einem Staatsspitzel mit einem Totschläger malträtirt und erlitt starke Verletzungen, die vier Jahre später, im Oktober 1897, zu seinem Tod durch einen Gehirnschlag führten. ■



RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 132

SEPTEMBER 2012

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite, als praktischen Service finden sie außerdem QR-Codes zu Beginn der Artikel.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

wenn man den letzten Schuldenbericht des Stadtkämmerers in einem Satz zusammenfassen möchte, dann lautet dieser: hohe Investitionen erhöhen den Schuldenstand.

Die Gesamtverschuldung der Stadt Nürnberg, inklusive Eigenbetriebe, lag Ende 2011 bei 1,288 Milliarden Euro. Pro Jahr muss die Stadt mehr als 40 Millionen Euro Zinsen bezahlen. Dieses Geld ist weg, ohne dass man etwas davon hat.

Keine Frage, das ist eine große Summe. Keine Frage ist aber auch, dass die Investitionen nötig und richtig waren, beziehungsweise immer noch sind. Der größte Anteil der Investitionen fließt in Schulen, Kindergärten oder Horte. Auch auf den weiteren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs entfallen enorme Sum-

men. Erfreulich ist zudem, dass die geplante Neuverschuldung für den Haushalt 2012 schon deutlich gesenkt werden konnte und der Kämmerer für das nächste Haushaltsjahr eine weitere erhebliche Reduzierung plant. Das sind wichtige Signale und Weichenstellungen. Nichtsdestotrotz müssen wir an unserem Sparkurs festhalten. Unser Ziel bleibt es, die Neuverschuldung weiter zu abzubauen. Spätestens im Haushaltsplan 2015 sollte es keine Neuverschuldung mehr geben. Ein hohes Ziel, das nicht einfach ist, aber für das wir arbeiten wollen.

Herzliche Grüße



Ihr Christian Vogel
Fraktionsvorsitzender



EIN LEITBILD FÜR DIE INDUSTRIE IN NÜRNBERG



Für die SPD-Stadtratsfraktion ist klar: Nürnberg ist und bleibt Industriestandort. Auch wenn wir in den vergangenen Jahren einige schmerzliche Rückschläge hinnehmen mussten, sind die industrielle Produktion und der damit verbundene Dienstleistungssektor ein Rückgrat der regionalen Wirtschaft. Spätestens nach der Finanzkrise hat sich gezeigt, wie wertvoll die Industrie für den Wirtschaftsstandort Nürnberg und den regionalen Arbeitsmarkt ist.

Trotz guter Daten in 2011 trübt sich nun die Aussicht für die Wirtschaft derzeit wieder etwas ein. Es droht Stellenabbau, wie z.B. beim Trafo-Werk. Unser Ziel muss deshalb sein, den Standort Nürnberg zu stärken, Beschäftigung zu sichern und auszubauen. Vor diesem Hintergrund

will die SPD gemeinsam mit Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften unter der Überschrift „Leitbild Industrie“ einen Dialog anstoßen und gemeinsame Projekte zur Standortsicherung entwickeln. Neben der Verbesserung



allgemeiner Rahmenbedingungen und der Infrastruktur sind insbesondere in den Bereichen Innovation und Forschung konkrete Vorhaben auf den Weg zu bringen. Dabei sollten auch

Initiativen für Zukunftstechnologien gestartet werden, wie z.B. im Bereich der erneuerbaren Energien und der Elektromobilität. Eine enge Kooperation zwischen regionalen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen sind dabei von großer Bedeutung. Das Ziel, den Arbeitskräftebedarf der Industrieunternehmen durch die Einbindung und Entwicklung der geringer Qualifizierten sowie durch Aus- und Weiterbildung zu decken, soll in entsprechende Projekte münden.

Wir werden unser Eckpunktepapier in die Diskussion um ein „Leitbild Industrie“ einbringen und sind zuversichtlich, dass wir mit vereinten Kräften unseren Standort stärken können.

Weitere Info: Katja Strohhacker u. Thorsten Brehm, spd@stadt.nuernberg.de - oder QR-Code scannen.



HARALD DIX IST FRANKENSCHNELLWEGSPRECHER



Der Kornburger Stadtrat Harald Dix ist zum Frankenschnellwegssprecher der SPD-Stadtratsfraktion gewählt worden. Die Funktion wurde neu geschaffen, da das Planfeststellungsverfahren für den Frankenschnellweg nun in eine entscheidende Phase geht.

Harald Dix ist seit dem Jahr 2008 Mitglied des Nürnberger Stadtrates. Neben dem Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit gehört er dem Verkehrsausschuss und ab September 2012 auch dem Werkausschuss Servicebetrieb öffentlicher Raum (SÖR) an. Als Frankenschnellwegssprecher will Harald Dix die Bürgerinnen und Bürger umfassend über die Umsetzung und Realisierung

der Großbaustelle informieren und um Akzeptanz werben. „Dieser Neubau wird



eine große Herausforderung in den nächsten Jahre sein, sowohl finanziell wie auch logistisch“, meint Harald Dix. Für Harald Dix sind die Vorteile klar: „Der

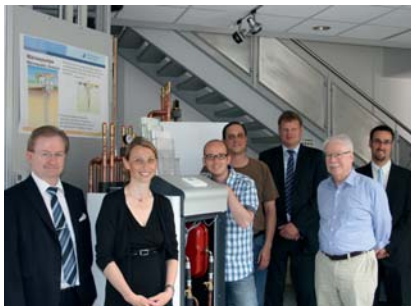
Ausbau des Frankenschnellwegs verbessert die Stadtstruktur. Die Innenstadt wird durch eine Bündelung des Verkehrs auf dem Frankenschnellweg entlastet. Mit dem Tunnel und Lärmschutzwänden werden die angrenzenden Stadtteile vor Verkehrslärm und Abgasen geschützt. Im Bereich Steinbühl wird eine neue räumliche Gestaltung und Nutzung möglich. Der Frankenschnellweg verliert dort seine den Stadtteil trennende Wirkung.“

Dix meint überzeugt: „Die Anwohner der anliegenden Wohnquartiere werden nach dem kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellweges eine Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnumfeldes erleben und mehr Freiraum und Grünanlagen zur Verfügung haben.“

BESUCHE, AKTIONEN, GESPRÄCHE



Die Fraktionsmitglieder Katja Strohacker, Thorsten Brehm, Jürgen Fischer und Thorsten Lunz statteten dem Haustechnologischen Zentrum (HTZ) in der Sieboldstraße einen Besuch ab. Handwerker und Endverbraucher können sich im HTZ aktuell zu regenera-



tiven Energien sowie der Energie- und Wärmeversorgung informieren lassen. Dies taten auch die Stadträte. Gemeinsam mit Kammer-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Elmar Forster besichtigten sie die ausgestellte Gebäude- und Heizungstechnik.

Bestens unterrichtet über die Arbeit im Familienzentrum Bleiweiß ist nun Manuela Schwesig. Die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

stattete der Einrichtung gemeinsam mit Oberbürgermeister Ulrich Maly, Sozialreferent Reiner Prölß sowie den Fraktionsmitgliedern Christian Vogel, Claudia Arabackj und Christine Limbacher im Juli einen Besuch ab. Vor



Ort ließ sie sich über die Erziehungs- und Betreuungsarbeit sowie die Einbindung der Mütter und Väter in den täglichen Ablauf der Einrichtung unterrichten. Schwesig, lobte den strategischen Ansatz, das Familienzentrum für die Bewohner des Stadtteils zu öffnen. Nach einem intensiven Austausch mit Kindern, Mitarbeitern und Eltern stellte sie fest, dass durch die Debatte um das Betreuungsgeld eine Kluft aufgemacht wurde, die es - zumindest im Familienzentrum Bleiweiß - gar nicht gibt. Denn durch die CSU-Forderung nach einem Betreuungsgeld, könnte

man meinen, es gebe zwischen Familienziehung und beliebter Kita-Betreuung nur ein entweder oder. In Wahrheit gibt es, wie das Familienzentrum zeigt, sehr oft ein gelungenes sowohl als auch. Eines das auf der Kippe steht, wenn die Eltern durch eine Herdprämie verleitet werden, ihre Kinder nicht mehr in einer Einrichtung anzumelden.

Zu Beginn der Sommerpause trafen sich die SPD-Fraktionen aus München und Nürnberg zu einem Gedankenaustausch in Nürnberg. Bei dem Treffen ging es unter anderem um die Verkehrs- und Wohnungspolitik, um die



Radverleihsysteme, die Radwegenetze und die Tempo-30-Regelung vor Schulen.

WEITERENTWICKLUNG DER BAUKOSTENKONTROLLE



Aufgrund der Tatsache, dass kalkulierte Kosten städtischer Bauvorhaben nicht eingehalten werden konnten, beantragte

die SPD-Fraktion eine gründliche Analyse der Ursachen und eine Ausweitung des Bau-Investitions-Controllings, kurz BIC genannt. Das BIC wurde eingeführt, um eine Kontrolle der Baukosten vornehmen zu können. Erfasst wurden allerdings nur die städtischen Bauprojekte, die nach Einführung des BIC im Jahre 2010 in den Mittelfristigen Investitionsplan aufgenommen wurden.

Ursachenforschung ist der erste Schritt. Der zweite ist: Es müssen Möglichkeiten und Wege gefunden werden Kostenminderungen bei städtischen Hochbaumaßnahmen, wie z.B. bei der Lagune oder der Bibliothek, zu vermeiden. Die

Kostensteigerungen belasten den städtischen Haushalt und bedrohen generell die Seriosität der Angebote, die von Firmen bei der Stadt abgegeben werden. Die SPD-Stadtfraktion fordert deshalb

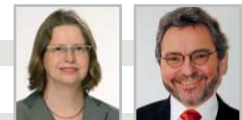


Vorschläge, wie die Stadt ihre Funktion als Bauherr wieder besser ausüben kann. Dazu gehört auch das Ziel einer integralen Planung, bei der sich Architekten, Planer, Techniker und Bauteam gemeinsam auf eine Kosten- und Qua-

litätssicherung verpflichten. Die Förderung einer kooperativen Bauausführung, bei der Abstimmungsprobleme zwischen den beteiligten Akteuren nicht zu Mehrkosten führen, sollte in diesen Vorschlägen Berücksichtigung finden.

Erforderlich sind deshalb konkrete Maßnahmen, um einerseits externe Planer zur Einhaltung ihrer Kostenberechnungen verpflichten zu können, andererseits externe Planer auch nach verbindlichen Qualitätskriterien auswählen zu können, aber auch Maßnahmen, das interne Planungs-Know-how zu erhöhen. Das vorhandene eigene Fachwissen der Mitarbeiter muss erhalten bleiben, vertieft werden und ggfs. sollten auch eigene Planungs- und Baukapazitäten ausgeschöpft werden.

Weitere Informationen: *Christine Kayser und Lorenz Gradl, spd@stadt.nuernberg.de*



NACHT-SCHWIMMER INS WASSER, FRAUEN ANS RUDER



Schwimmen am Feierabend, Baden bis tief in die Nacht. Wenn das Wetter mitspielt, ist beides nun auch in ausgewählten Freibädern der Stadt möglich. Den Anstoß, die Öffnungszeiten bei gutem Wetter zu verlängern, gab SPD-Stadträtin Gabriela Heinrich. Sie hatte beantragt, im Werkausschuss Nürnberg-Bad über die Möglichkeit eines „Mitternachtsschwimmens“ in Nürnberg zu berichten. Das Ergebnis fiel positiv aus. Sowohl im Naturgartenbad als auch im Stadionbad kann bei günstiger Witterung länger gebadet werden. Die Resonanz der ersten langen Bade-Abende war riesig. Rund 4000 Badegäste nutzten alleine am 27. Juli die Chance, bis zur „Geisterstunde“

im Stadionbad zu bleiben. „So schön kann der Sommer sein“, befand Gabriela Heinrich, die selbst bei Dunkelheit durchs Wasser glitt. Ihr Dank geht an die



Leitung des Bäderbetriebes, die schnell und flexibel auf die SPD-Idee reagierte. In der Sportkommission regte die SPD-Fraktion an, Maßnahmen zu ergreifen,

um mehr Frauen zu ermuntern, Führungs- und Vorstandspositionen in den Sportvereinen zu übernehmen. 40 Prozent der Mitglieder in den Vereinen sind weiblich. Bei den Vereinsvorsitzenden liegt der Frauenanteil allerdings gerade einmal bei 10 Prozent. „Da sind zu wenige Frauen am Rudern“, findet SPD-Stadträtin Renate Blumenstetter. Der städtische Sportservice wird deshalb versuchen, durch eigenes Informationsmaterial und durch die Bekanntmachung von speziellen Qualifizierungsangeboten, etwa des Bayerischen Landessportverbandes, die Zahl der Frauen in den Vereinsspitzenpositionen zu erhöhen.

Weitere Informationen: *Gabriele Heinrich und Renate Blumenstetter, spd@stadt.nuernberg.de*



SPLITTER AUS DEN STADTEILEN

KLEINGRÜNDLACH: Auf Antrag der SPD-Fraktion soll die Verwaltung über den aktuellen Planungsstand für die Kanalisation in Kleingründlach berichten.

SÜDWEST: Die SPD-Fraktion beantragte die Prüfung einer durchgehenden Vierspurigkeit für die Sigmund Straße. Die Verengung zwischen Virnsberger und Leyher Straße führt nicht selten dazu, dass die am Rand parkenden Autos beschädigt werden.

NÜRNBERG: Nach der Beendigung der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Nürnberg und dem Schaustellerverband für die Durchführung der Stadtteilkirchweihen ist deren Zukunft offen. Die SPD-Stadtratsfraktion beantragte deshalb die Erläuterung des weiteren Vorgehens.

NORDBAHNHOF: Die Verkehrerschließung des ehemaligen Nordbahnhofes sieht für Fußgänger und Fahrradfahrer eine Anbindung über die ehemalige Eisenbahnbrücke vor.

Da bereits erste Schäden an der Brücke sichtbar sind, will die SPD-Fraktion wissen, wer derzeit die Baulast trägt, ob die Brücke vor der Übergabe an die Stadt saniert wird und wie hoch der Instandsetzungsaufwand für diese Brücke ist.

SÜDWEST: Die SPD-Stadtratsfraktion wehrt sich gegen Pläne der Deutschen Bahn, die Bahnunterführung zwischen der Lenkersheimer Straße und dem Zuckermandelweg zuzuschütten. Das würde bedeuten, dass die Stadtteile Höfen und Gaismannshof voneinander abgeschnitten wür-

den. Auf einer Länge von eineinhalb Kilometer gibt es für Fußgänger und Radfahrer keine Ausweichmöglichkeit.

DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE: Abschlussveranstaltung Projekt „Sommer in der Stadt – dem Klimawandel sinnvoll begegnen +++ Empfang einer Gruppe von Jugendlichen aus Hadera im Rathaus +++ EAROPAN 11 +++ Dürers Triumphzug – eine multimediale Zeitreise im Rathaussaal +++ Kirchweih Fischbach und Brunn +++ 15. Christopher-Street-Day in Nürnberg +++ Sommerfest für ehrenamtliche BetreuerInnen +++ Empfang für eine Jugendgruppe aus Japan im Rathaus +++ Eröffnung der TargoBank in Langwasser +++

**FREITAG AB VIER
SIND WIR HIER.**

**DIE STADTRATSFRAKTION UNTERWEGS:
28.09. AB 16.00 UHR IN GEBERSDORF SOWIE AM
26.10. AB 16.00 UHR IN EIBACH**

SAVE THE DATE

10.11.12

**ROTE KULTURNACHT | KÜNSTLERHAUS K4 | KÖNIGSTRASSE 93
KARTEN IM BÜRO DER SPD-STADTRATSFRAKTION ODER AN DER ABENDKASSE**

WWW.ROTEKULTURNACHT.DE

6. Schulkino-Woche ein voller Erfolg

VON MARTIN BURKERT

■ Bereits zum 6. Mal habe ich Nürnberger Schüler/innen zu einer Schulkino-Woche ins CINECITTÀ eingeladen,



bei der einmal mehr Umwelt-Themen im Mittelpunkt standen. Gezeigt wurden diesmal zwei Filme: `Taste the Waste`, der sich mit der globalen Verschwendung von Lebensmitteln auseinandersetzt und `Die 4. Revolution`, der die Vision einer (bezahlbaren) Versorgung aller mit erneuerbaren Energien zeichnet.

Knapp 700 Jugendliche von verschiedenen Mittel-, Real-, Berufsschulen und Gymnasien waren mit dabei, erstmals auch Schüler/innen des Bildungszentrums für Blinde und Sehbehinderte.

Allein 300 Jugendliche kamen zur Auftaktveranstaltung. Es lief `Taste the Waste`, der mit beeindruckenden wie eindringlichen Bildern eine Problematik aufzeigt, die uns alle betrifft: Laut einer aktuellen Studie der Uni Stuttgart landen allein in Deutschland 11 Mio. Tonnen (genießbare!) Lebensmittel auf dem Müll. Im Durchschnitt wirft demnach jede/r jährlich über 80 kg Es-

sen weg, was täglich ungefähr einem Frühstück entspricht.

Der Großteil der Lebensmittelabfälle entsteht in Privathaushalten (61 %),

gefolgt von Großverbrauchern wie Gaststätten und Kantinen (17 %) sowie der Industrie (17 %); die restlichen 5 % entfallen auf den Handel. 65 Prozent aller Lebensmittelabfälle wären ganz oder zumindest teilweise vermeidbar!

In Privathaushalten landen überwiegend leicht verderbliche Frischwaren wie Obst, Gemüse, Fleisch, Wurst, Backwaren und Milchprodukte viel zu früh bzw. zu oft im Müll. Warum? Fehlplanung, Fehlkäufe bzw. fehlender Überblick über Vorräte, falsche Aufbewahrung oder Ablauf des Haltbarkeitsdatums (besser wäre ein „best before“ wie im Englischen) sind häufige Ursachen des Fehlverhaltens, welches vor allem eines zum Ausdruck bringt: die mangelnde Wertschätzung von Lebensmitteln, mit bedingt durch ihre ständige Verfügbarkeit und das im EU-Vergleich relativ niedrige Preisniveau.

Das Wegwerfen von Essen ist nicht „nur“ eine moralische Frage, sondern hat auch eine soziale Dimension: in

Zeiten weltweit steigender Lebensmittelpreise und der Verknappung von Getreide können wir uns Lebensmittel im Übermaß (noch) „locker“ leisten, während andere Hunger leiden. Zwar können wir unsere „überflüssigen“ Lebensmittel anstatt sie wegzuerwerfen nicht einfach nach Afrika transportieren, aber durch einen bewussteren Umgang zur gerechteren Verteilung von knappen Ressourcen beitragen. Denn hungern oder gar verhungern müsste niemand!

Nach dem Film diskutierten der Vorsitzende der Nürnberger Tafel, Albert Ziegler und ich mit den Schülerinnen und Schülern über das Thema. Sie brachten eine Menge guter Vorschläge ein: Lebensmittel einfrieren statt wegwerfen, Mengen und Portionen vorm Einkaufen kalkulieren oder den

Film noch viel mehr Menschen zeigen. Was ich im Rahmen der Schulkino-Woche gerne umsetzte! ■

Terminhinweise

Politik am Volksfest:
**Politischen Frühschoppen
 beim Hax'n Liebermann**
Sonntag, 02.09.2012, 10:30 Uhr
 Polit-Talk mit prominenten Gästen, u. a. mit dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Markus Rinderspacher. Moderation Klaus Schrage.

Die SPD-Nürnberg lädt ein zum:
Neumitgliedertreff
Freitag, 14.09.2012, 17 Uhr
 im Karl-Bröger-Zentrum,
 Karl-Bröger-Str. 9
 Alle Neumitglieder und Interessierten sind herzlich eingeladen!

Termine

03.09.12 19:30 Uhr

SPD Hasenbuck:
Rote Runde

Gasthof Süd,
Ingolstädter Str. 51

04.09.12 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof: Som-
mer-Ferien-Stammtisch

Biergarten KGV,
Wacholderweg 11

04.09.12 19:30 Uhr

SPD Reichelsdorf:
Mitgliederversammlung

SVR Sportgaststätte,
Schlößleinsgasse 9

04.09.12 19:30 Uhr

SPD Laufmaholz:
Veranstaltung mit Helga
Schmitt-Bussinger, MdL
„SPD gegen Rechts“,
SVL Sportheim, Schupfer
Str. 81

04.09.12 20:00 Uhr

SPD Großgründlach:
Mitgliederversammlung

Gasthof Rotes Ross, Groß-
gründlacher Hauptstr. 22

07.09.12 19:00 Uhr

SPD Neunhof:
Kärwastammtisch

Festzelt Andreas-Reichel-Platz

10.09.12 19:30 Uhr

SPD Steinbühl:
Ortsvereinstreffen

Bräustüberl zum Schrödl-
Wirt, Endterstraße 13

11.09.12 19:30 Uhr

SPD Gostenhof:
Ortsvereinstreff

„Frauen in die Politik“ Veran-
staltung mit der AsF, Nach-
barschaftshaus Gostenhof,
Adam-Klein-Str. 6

Wir brauchen endlich eine Politik für sozialen Ausgleich in Bayern!

VON ANGLIKA WEIKERT

■ Zu Beginn der Sommerpause hat Sozialministerin Haderthauer überraschend den dritten Bericht zur sozialen Lage in Bayern vorgestellt. Während es den Sozialverbänden und der Landtagsopposition durch die beginnende Urlaubszeit erschwert wurde, zu reagieren, zündete die Bayerische Staatsregierung ein PR-Feuerwerk: Der Sozialbericht zeige, dass Bayern im Bundesvergleich hervorragend dastehe. Die Wahlkampfretorik verdeckt jedoch, was ein zweiter Blick in den Bericht offenbart: Auch in Bayern ist die soziale Lage alles andere als rosig.

Zunehmende Spaltung auf dem Arbeitsmarkt

Im Berichtszeitraum hat sich die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft. Mittlerweile arbeitet fast jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist seit 2003 um 28 Prozent gestiegen und damit stärker als im Bundesdurchschnitt.

Hinter diesen Zahlen stecken teils skandalöse Zustände: So konnte ich im Landtag jüngst eine Gruppe von Arbeitern aus einem Schlachthof in Waldkraiburg empfangen. Diese stammen größtenteils aus dem EU-Ausland und bekommen durch ein Subunternehmen einen Monatslohn von unter 200 EUR ausgezahlt.

Doch das Problem atypischer Beschäftigungsverhältnisse betrifft längst nicht mehr nur den Niedriglohnbereich: Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge, die die Unsicherheit von Beschäftigten steigern und insbesondere jungen Menschen die Lebensplanung erschweren, nahm in Bayern in den letzten Jahren um 70 Prozent zu. 38 Prozent der Menschen sind von „Kettenbefristungen“ betroffen.

Verschärfte Armut droht

Die Situation auf dem bayerischen Arbeitsmarkt droht das heute bereits drängende Problem der

Armut in den kommenden Jahren zu verschärfen: Lag die Armutsgefährdungsquote in Bayern 2009 noch bei 11,1 Prozent, ist sie 2010 auf 13,8 Prozent gestiegen. Nicht zuletzt alte Menschen sind stark betroffen: So ist in Bayern mittlerweile jeder fünfte Mensch über 65 Jahren von Altersarmut gefährdet; der Anteil bei alleinstehenden Frauen liegt sogar bei 28,3 Prozent.



Gemeinsam mit Landtagsvizepräsident Franz Maget nahm ich jüngst eine Petition von Arbeitern aus dem Schlachthof Waldkraiburg entgegen. Sie kämpfen gegen skandalöse Arbeitsbedingungen.

Es muss gehandelt werden!

Der von Sozialministerin Haderthauer angestrebte Vergleich mit anderen Bundesländern verschleiert die schon länger erkennbaren Probleme in Bayern und hilft den betroffenen Menschen nicht weiter. Bereits nach Veröffentlichung des zweiten Sozialberichts hat Ministerpräsident Seehofer unter Leitung des ehemaligen bayerischen DGB-Vorsitzenden Fritz Schösser eine Expertenkommission zur Erarbeitung konkreter Maßnahmen einberufen. Doch die Vorschläge zur Prävention von (Alters-)Armut, z.B. durch die Herstellung von Lohngleichheit im Bereich der Zeitarbeit oder durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, verstauben in den Schubladen der Staatsregierung. Das muss sich ändern: Denn die Sozialberichterstattung ist kein Wahlkampfinstrument. Vielmehr macht sie die Politik auf Problemfelder aufmerksam, in denen dringend gehandelt werden muss. ■

Auf dem Weg zum Weltkulturerbe

Memorium Nürnberger Prozesse: Nürnberg – Geburtsort des Völkerstrafrechts

VON DR. ANJA PRÖLSS-KAMMERER

Die Stadt Nürnberg bewirbt sich mit dem Thema „Memorium Nürnberger Prozesse – Geburtsort des Völkerstrafrechts“ um den Titel des Weltkulturerbes. Die SPD-Stadtratsfraktion hat diese Bewerbung immer unterstützt und forciert und wir freuen uns daher umso mehr, dass nun ein weiterer Meilenstein auf diesem Weg erreicht wurde. Nachdem der Stadtrat im Juni dem endgültigen Bewerbungstext zugestimmt hat, wird nun zunächst dem bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Bewerbung vorgelegt, ehe dann das weitere Verfahren bei Bund und UN-SESCO erfolgen wird, das sich wohl noch einige Jahre hinziehen wird.

Kern der Idee ist der Saal 600 im Justizgebäude Fürther Straße. In diesem Saal fand mit dem Prozess vor dem „Internationalen Militärgerichtshof“ erstmals in der Menschheitsgeschichte ein Kriegsverbrecherprozess vor einem internationalen Gericht statt. Aus den dort festgelegten Normen gingen die „Nürnberger Prinzipien“ hervor. Es geht also bei der Bewerbung um das Weltkulturerbe neben dem historischen Ort insbesondere um die ideengeschichtliche Bedeutung der Nürnberger Prozesse für die Fortentwicklung des Völkerrechts.

Die besondere Bedeutung der Nürnberger Prozesse liegt darin, dass erstmals in der Weltgeschichte Staaten mit unterschiedlichen Regierungsformen und Verfassungen gemeinsam zu Gericht saßen. Statt willkürlich Rache zu üben, wurde ein rechtsstaatliches Verfahren angestrengt. Die dort entwickelten universellen Prinzipien, die Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe stellen, sind inzwischen

Teil des weltweiten Völkerstrafrechts und von einer überwiegenden Zahl der Staaten anerkannt. Die „Nürnberger Prinzipien“ sind, wenn man es mit anderen Orten vergleicht, die sich auf die



Der Saal 600 heute. Bildquelle: Christine Dierenbach, museum der stadt nürnberg

ideengeschichtliche Bedeutung eines Ortes beziehen, von universeller Bedeutung – und wie wichtig und aktuell diese Fragen um Internationale Strafgerichtsbarkeit und Menschenrechte sind, sehen wir tagtäglich in den Nachrichten. Diese Aktualität wird bleiben, daher ist es um so schlüssiger, sich genau mit diesem Ort und diesem Inhalt um das Weltkulturerbe zu bewerben.

Mit dem „Memorium Nürnberger Prozesse“, das vor ca. eineinhalb Jahren eröffnet wurde, ist auch die wissenschaftliche Aufarbeitung und Zugänglichkeit dieses historischen Ortes gewährleistet. Das Memorium informiert vor Ort über die Vorgeschichte der Nürnberger Prozesse, den Verlauf, aber auch über die Nachwirkungen dieser Verfahren und ihre Bedeutung für das Völkerstrafrecht.

Die Stadt Nürnberg verfolgt mit dieser Bewerbung ihren Weg als „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ konsequent weiter, wie bislang beispielsweise mit der Straße der Menschenrechte und mit dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, aber auch dem Menschenrechtspreis und damit verbundenen weiteren Aktivitäten. ■

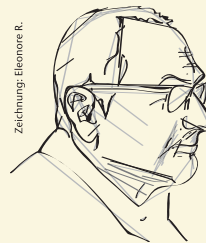
Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Wer nach New York will oder nach Paris, den schicken die Herren der Lüfte nach Jayefkay oder nach Charles de Gaulle. Immerhin, man kennt die gewesenen Präsidenten der USA und Frankreichs. München will bekanntlich mit seinem FJS-Airport im Erdinger Moos mithalten. Ob das so aufgeht, scheint fraglich. Der Beitrag des Namensgebers zur Weltgeschichte fiel bescheiden aus. Doch lassen wir der CSU ihren Narzissmus.

Wer aber glaubt, Nürnbergs Landeplatz müsse ein eigenes Label erhalten, um den Sinkflug bei den Passagierzahlen umzukehren, folgt der naiven Vorstellung, nicht das Wies'n-Bier zieht alljährlich ein Millionenpublikum an, sondern der vermeintlich immerwährende Nimbus eines süddeutschen Regionalpolitikers.

Albrecht Dürer hat viel zum Bekanntheitsgrad Nürnbergs beigetragen. Ihm jetzt posthum das Beheben der geschäftspolitischen Defizite am Knobi-Airport aufzuladen, ist schlicht unfair und so unrealistisch, wie die Vorstellung, ein Einkaufszentrum am Rand der Piste könnte das müde Luftfahrtgeschäft wieder zum Erlblühen bringen.



Zeichnung: Eleonore R.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Olaf Schreglmann
Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian Pröbiuß, dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

11.09.12 19:30 Uhr

SPD Worzeldorf:
Aktiventreffen

Sportgaststätte SC-Worzeldorf, Friedrich-Overbeck-Straße

11.09.12 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof:
Mitgliederversammlung

AWO-Treff, Leipziger Str. 55

11.09.12 19:30 Uhr

SPD Fischbach:
Mitgliedertreff

Im UG Gaststätte TSV Altenfurt, Wohlaer Str. 16, Nürnberg-Altenfurt

18.09.12 14:00 Uhr

SPD Almoshof/Thon:
Nachmittagstreff des Ortsvereins

mit Kaffee und Kuchen von der Arbeiterwohlfahrt. Kulturladen Schloss Almoshof, Almoshofer Hauptstr. 51

18.09.12 19:30 Uhr

SPD Nordbahnhof-
Vogelherd: Mitgliederversammlung

Weinwirtschaft, Friedrichstraße 11, Vorstellung der Bewerber für eine Landtagskandidatur im Stimmkreis Nord: Arif Tasdelen, Stadtrat und Michael Ziegler, Stadtrat

18.09.12 19:30 Uhr

ZaboSPD: Öffentliche
Mitgliederversammlung

„Bayerische Landespolitik: Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“ Referentin: Angelika Weikert, MdL, Gasthof Heidekrug, Waldluststr. 67

Ausschreibung zum Nürnberger Ehrenamtspreis der SPD 2012

■ Mit dem Nürnberger Ehrenamtspreis, unterstützt und fördert die SPD in Nürnberg das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt. Mit diesem Preis soll nicht nur ehrenamtliches Engagement gefördert, sondern es sollen auch neue Ideen bürgerschaftlicher Selbsthilfe herausgehoben werden. Angesprochen sind z. B. Aktivitäten auf dem Gebiet der Kultur-, Sozial-, Sport-, Schul- oder Umweltpolitik vor Ort. Jede Form des bürgerschaftlichen Engagements soll sich angesprochen fühlen und kann den Ehrenamtspreis erhalten, d. h. individuelles Handeln, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und Orientierung am Gemeinwohl auszeichnet, sei es in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Freizeit oder z. B. in der Kirche. Hier die wichtigsten Informationen zum Mitmachen:

Der Preis: Er wird seit 2005 vergeben. Er würdigt öffentlich eine Gruppe, Organisation oder Einzelperson für deren herausragendes ehrenamtliches Engagement in oder für Nürnberg. Der Preis ist mit 1.000 Euro dotiert.

Die Vergabe: Der Preis wird öffentlich ausgelobt und ausgeschrieben. Vorschläge können von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen gemacht werden.

Das Kuratorium: Über die Preisvergabe entscheidet das Kuratorium, dem folgende Nürnberger Persönlichkeiten angehören: **Ingo Gutgesell**, Vorstandsvorsitzender des Stadt seniorenrates; **Michael Husarek**, Lokalchef der Nürnberger Nachrichten; **Sandra Müller**, Vorsitzende des Kreisjugendrings; **Willy Pröbß**, Altbürgermeister und Ehrenbürger Nürnbergs; **Gabriele Sörgel**, Vorstandssprecherin der Stadtmission Nürnberg; **Günther Stark**, ehem. Kreisvorsitzender des Bay. Landessportverbandes.

Der Anmeldeschluss: Bewerbungen müssen bis zum 30. Oktober 2012 eingereicht werden.

Adresse:

NürnbergSPD - „Ehrenamtspreis“
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg
E-Mail: buero@spd-nuernberg.de

Die Preisverleihung:

Der Preis wird im Rahmen eines Festaktes am 3. Dezember 2012 vergeben. ■

Miteinander statt gegeneinander!

■ Mittags am 8. Juli 2012 auf dem Südstadtfest stieg die Spannung am SPD-Stand: Die Gewinner des Fotowettbewerbs „Die schönen Seiten der Südstadt“ wurden bekannt gegeben. Die Jury freute sich über 43 Einsendungen. Der Fotowettbewerb, der für die SPD im Süden vom OV Hummelstein organisiert wurde, sollte auch einmal ein Schlaglicht auf die sehenswerten Ecken der Südstadt lenken, die oft in der Berichterstattung nur negativ erwähnt wird. Den Hauptpreis räumte das Foto eines Baumhauses, umrahmt von Herbstlaub, ab. Der Einsender fährt im Rahmen einer Abgeordnetenfahrt des SPD-MdB Martin Burkert nach Berlin. Der Publikumspreis, den die Besucher des Südstadt-

festes kürten, ging an den Einsender des Motivs „Hasenbuck im Winter“. Der Gewinner nimmt an einer Fahrt zum Bayerischen Landtag teil, die von MdL Stefan Schuster gesponsert wird. Ein weiterer Preis in Form einer Besichtigung der landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf, gestellt von Bezirksrätin Amely Weiß, wurde für das Foto des Hummelsteiner Schlosses vergeben.



Gerhard Groh (OV Hummelstein/Mitte) mit den Gewinnern Gerta Simon und Hans Blendingner (Bürgerverein Hasenbuck)

Die SPD wünscht den Gewinnern viel Spaß mit ihren Preisen und dankt allen, die schöne Seiten der Südstadt aufgespürt haben. Alle Fotos können auf der Homepage des Ortsvereins Hummelstein noch einmal angesehen werden: http://nuernbergspd.myredweb.de/index.php?page_id=510&mw=mw11 ■

Die Jugend von heute – zwischen Rowdytum und Verantwortungslosigkeit?

VON NASSER AHMED

■ Erst letztens musste ich in der Leserbriefspalte einer Tageszeitung lesen, dass ich Kneipenhooligans unterstützen und Rowdytum begünstigen würde. Mein Blick auf die ‚Realität‘ sei durch die ‚jugendrote Sonnenbrille‘ wohl etwas getrübt. Es ging um ein Alkoholverbot, diesmal in der Nürnberger Altstadt. Als Juso-Vorsitzender halte ich solche ordnungspolitische Maßnahmen für unsinnig, um Lärmbelästigung und diverse andere Delikte zu bekämpfen. Für den Autor des Leserbriefes wohl kein Wunder, da auch ich Teil einer vermeintlich verkorksten Jugend bin, die – wenn man dem öffentlichen Bild über die Jugend glaubt – jedes Maß und jegliches Verantwortungsgefühl verloren hat.

Ein Beispiel, an dem sich solche öffentliche Ressentiments entladen, ist der Themenkreis „Alkohol, Alkoholmissbrauch und Alkoholismus“. Dabei sind diese keineswegs jugendspezifische Phänomene, sondern im Gegenteil gesamtgesellschaftliche. Übermäßiger Alkoholkonsum wird von Erwachsenen und von Vorbildern in Fernsehen, Medien und Musikbranche vorgelebt. Er ist somit salonfähig und gilt in der Mitte der Gesellschaft als mehr oder minder anerkannt.

Es ist unlauter beim Problemfeld Alkohol ordnungspolitische Forderungen – wie etwa Alkoholverbote oder längere Sperrstunden – welche überwiegend Jugendliche trafen in den Mittelpunkt zu stellen. Dies suggeriert, dass Jugendliche die einzigen wären, welche ein Problem mit Alkohol hätten.

Fast noch schlimmer ist jedoch der Umgang mit Jugendgewalt. Neun von zehn Deutschen denken, dass diese zugenommen habe. Einziges Problem daran ist, dass das genaue Gegenteil der Fall ist. Seit 2007 nehmen die Fälle, bei welchen Jugendliche in der polizeilichen Kriminalstatistik als Verdächtige bei schweren Körperverletzungsdelikten geführt werden ab!

Bis dahin nahm sie seit der Wiedervereinigung leicht zu. Es zeigt sich jedoch, dass dieser Zuwachs darauf zurückzuführen war, dass Opfer ihre Peiniger eher anzeigen als früher.

Fakten, die in der Diskussion über einen Warningschussarrest für Jugendliche, schnellstmögliche Abschiebung von Intensivtätern und in der De-



batte über gute alte ‚Deutsche Werte‘ niemand hören möchte. Früher war eh alles besser!

Bei den beiden Beispielen geht es uns Jusos nicht darum, bestehende Probleme kleinzureden. Es geht uns darum, wie darüber geredet wird und ob Lösungsvorschläge sachdienlich sind oder nur gegen eine bestimmte Gesellschaftsgruppe im Ganzen gerichtet sind. Beim Thema Alkohol als auch Gewalt muss es darum gehen, Politik im Sinne eines sozialdemokratischen Gesellschaftsbildes zu machen.

Das bedeutet, soziale Ungerechtigkeiten, die hinter bestimmten Problemen stehen, aufzudecken, auf eine gerechtere Gesellschaft hinarbeiten und Menschen, die Probleme haben, bei deren Bewältigung zu helfen. Es geht – mal wieder – um mehr Miteinander, statt einem blinden Gegeneinander. ■

Termine

18.09.12 20:00 Uhr
Arbeitskreis Knoblauchsland: Sitzung

302. Sitzung, Vorstellung der Wahlkreis- / Stimmkreisbewerber, Bund Naturschutz, Stadtteilhaus FISCH, Mühlweg 22

19.09.12 19:00 Uhr
SPD Mögeldorf: Mitgliederversammlung
im Loni Übler Haus,
Marthastr. 60

19.09.12 19:30 Uhr
SPD Hummelstein: Aktiventreff
Referent: Dr. Siegfried Ecker zum Thema „Ethische Geldanlage - Geht das?“
Lichtenhofer Wirtshaus,
Gyulaer Str. 5

20.09.12 19:00 Uhr
SPD Muggenhof: Treffen
Ortsvereinsternin zum aktuellen Thema, Don-Bosco-Jugendwerk, im Lauschich-Keller, Don-Bosco-Str.

27.09.12 17:00 Uhr
SPD Nürnberg AfA: Sitzung
SPD Sitzungszimmer,
Karl-Bröger-Str. 9

27.09.12 19:00 Uhr
SPD Gartenstadt: Stadtteilsitzung
Gesellschaftshaus
Gartenstadt

28.09.12 17:00 Uhr
SPD Fischbach: 40 Jahre Eingemeindung
Öffentliche Veranstaltung
im Pellerschloss, Großer Festsaal, Pelligasse 3a

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg

Termine

30.09.12 11:00 Uhr

**SPD Gostenhof:
Frühschoppen**

Schanzenbräu Schankwirt-
schaft Adam-Klein-Str. 27

30.09.12 11:00 Uhr

**SPD Siedlungen Süd:
„... eds werd gredd ...“**

Politischer Frühschoppen,
Gaststätte TSV Falkenheim,
Germersheimer Str. 86

01.10.12 19:30 Uhr

**SPD Hasenbuck:
Rote Runde**

Gasthof Süd,
Ingolstädter Str. 51

01.10.12 19:30 Uhr

**SPD Neunhof:
Mitgliederversammlung**

Gaststätte „Zum Alten
Forsthaus“, Obere Dorfstr. 6

02.10.12 19:00 Uhr

**SPD Gibitzenhof:
Aktiven-Treff**

Markusgemeinde, Aleman-
nenstr. 40

02.10.12 19:30 Uhr

**SPD Reichelsdorf:
Mitgliederversammlung**

SVR Sportgaststätte,
Schlößleinsgasse 9

02.10.12 19:30 Uhr

**SPD Nordostbahnhof:
Mitgliederversammlung**

AWO-Treff, Leipziger
Str. 55

Die Reihe im dsp: Nürnberger SPD-Persönlichkeiten

Wilhelm Riepekohl (1893 – 1975)

■ Riepekohl wurde in Burg bei Magdeburg geboren und war von 1919 bis 1921 Berichterstatter der „Volksstimme“ Magdeburg. 1922 kam er als Redakteur zur SPD-Zeitung „Fränkische Tagespost“ (FT) nach Nürnberg.

In der Nacht vom 9. auf 10. März 1933 stürmten randalierende SA-Leute unter der wohlwollenden Aufsicht der Polizei das Zeitungsgebäude. Da waren nur noch vier Leute anwesend, darunter der Redakteur Riepekohl. Wegen der Übermacht wollte er den Nazis zwar die Türen öffnen, trotzdem kam es zu einer Schießerei. Die Maschinen der Druckerei und Inventar wurden zerstört und die Zeitung verboten. Riepekohl gehörte auch dem Bund für Geistesfreiheit an. Er half zu dieser Zeit der Eisernen Front, im Reichsbanner als Schutzformation auch militärisch handeln zu können und beschaffte u. a. 80 Infanteriegewehre und 200 Revolver, die in der Gartenstadt versteckt wurden. Aus diesen Gründen musste er vor den Nazis fliehen und war dann von 1933 bis 1949 in Emigration.

Als die „Fränkische Tagespost“ 1949 den Betrieb wieder aufnehmen konnte, wurde er dort

Chefredakteur. Seinen kämpferischen Geist hatte er nicht verloren. So wurde er 1955 von einem Schöffengericht zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Im „Spiegel“ hieß es dazu: „Das Nürnberger Gericht verurteilte den Chefredakteur der „Fränkischen Tagespost“, Wilhelm Riepekohl, allein deswegen zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist. Weil im Oktober 1954 in einem Artikel seines Blattes gestanden hatte, die Bundesregierung habe von den Waldmichelbacher BdJ-Partisanen (SPIEGEL 42/1952) gewusst und sie finanziell unterstützt.“ 1970 erhielt Wilhelm Riepekohl die Verdienstmedaille der Stadt Nürnberg.

Riepekohl hat auch einige Bücher veröffentlicht, z. B. schon 1912 „Hört mal zu!“, eine für die Jugend geschriebene Einführung in die Ideen der Sozialdemokratie. Nach dem Krieg dann geschichtliche Abhandlungen, wie „100 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Er schrieb auch unter dem Pseudonym Otto Luise „Vorbeugen – nicht abtreiben“. Dieser Titel war aufgrund der „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ von 1938 von den Nationalsozialisten verboten. ■



38. Großes SPD-Kinderfest am 29.09.2012 von 13 - 18 Uhr

auf dem Gelände des Behindertenzentrums Boxdorf, Am Spund 4 in Nürnberg-Boxdorf

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Oktober 2012!